
2.1 Bruchteil des Grundkapitals

Nach § 1 Abs. 2 AktG hat die Aktiengesellschaft ein **in Aktien zerlegtes Grundkapital**. § 8 Abs. 1 AktG lässt die Ausgabe entweder als **Nennbetragsaktien** oder als **Stückaktien** zu. Der Anteil einer Aktie am Grundkapital bestimmt sich bei Nennbetragsaktien nach dem Verhältnis ihres Nennbetrags zum Grundkapital und bei Stückaktien nach der Zahl der Aktien im Verhältnis zu sämtlichen ausgegeben Aktien. Aus diesem Grund ist die Gesamtzahl der Aktien auch zwingender Satzungsbestandteil (§ 23 Abs. 3 Nr. 4 AktG). Bei Nennwertaktien ist folgerichtig der Nennbetrag jeder Aktie festzulegen. Der Mindestnennwert muss dabei auf einen Euro lauten, höhere Nennbeträge müssen auf volle Euro lauten (§ 8 Abs. 2 AktG). Bei Stückaktien muss der rechnerisch auf die einzelne Aktie entfallende Anteil am gesamten Grundkapital ebenfalls mindestens einen Euro betragen.

Wegen des Prinzips der Kapitalaufbringung ist eine sog. **Unterpariemiission**, also eine Ausgabe von Aktien unter Nennbetrag bzw. unter dem auf die einzelne Stückaktie entfallenden Betrag **verboten** (§ 9 Abs. 1 AktG). Eine Ausgabe über Nennwert (Überpariemiission) ist indes problemlos möglich. Der Betrag, um den dadurch das Gesellschaftsvermögen das Grundkapital übersteigt (das sog. *Agio*), ist als gesetzliche Rücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB zu bilanzieren.

2.2 Verkörperung der Mitgliedschaft

Die Aktie verkörpert die **Mitgliedschaft** in der AG. Damit sind sämtliche mit der Aktienrechtsstellung zusammenhängenden Rechte verbunden. Jede Aktie gewährt grundsätzlich eine Stimme in der Hauptversammlung (§§ 12 Abs. 1 Satz 1, 134 Abs. 1 AktG). Das Stimmgewicht bemisst sich deshalb – anders als bei Personengesellschaften und dem bür-

gerlich-rechtlichen Verein – nach Kapitalbeiträgen und nicht nach Personen. Das Gesetz sieht indes auch die Möglichkeit vor, stimmrechtslose Vorzugsaktien auszugeben, die als Ausgleich für fehlendes Stimmgewicht einen Vorzug bei der Gewinnverteilung vorsehen (§§ 12 Abs. 1 Satz 2, 139 ff. AktG).

Während die Ausgestaltung als Nennbetrags- oder Stückaktie regelt, wie die Beteiligungshöhe in der Aktie zum Ausdruck kommt, betrifft die Ausgestaltung als **Inhaber- oder Namensaktie** nach § 10 Abs. 1 AktG die Frage, wie der berechtigte Aktionär durch die Aktie ausgewiesen wird. Die **wertpapiermäßige Verbriefung** der Mitgliedschaft in der AG in Form einer Aktie ist nach h. M. nicht zwingend. Die Gesellschaft und damit die Mitgliedschaft entstehen auch dann, wenn eine Verbriefung weder vorgesehen noch tatsächlich erfolgt ist.¹ Die Übertragung der Mitgliedschaft erfolgt in diesem Fall durch Abtretung eines Rechts nach §§ 398, 413 BGB.² Der Aktionär hat jedoch einen mitglied-schaftlichen Anspruch auf Verbriefung,³ der sich in erster Linie damit begründen lässt, dass die Verbriefung Garant der Verkehrsfähigkeit von Aktien und damit ein wesentliches Strukturmerkmal der AG ist.⁴ Der Grundsatz der freien Übertragbarkeit wird lediglich durch Vinkulierung von Namensaktien i. S. d. §§ 68 Abs. 2, 180 Abs. 2 AktG durchbrochen. Praktisch erfolgt die Verbriefung durch Unterzeichnung der Aktienurkunde durch den Vorstand.

Ist, wie in aller Regel, eine Verbriefung vorgesehen, legt die Satzung fest (§ 23 Abs. 3 Nr. 5 AktG), ob die Aktien auf den Inhaber oder auf den Namen lauten (§ 10 Abs. 1 AktG). Auch eine Kombination aus beiden Alternativen ist möglich. Solange die Einlage und, falls vereinbart, zusätzlich das Agio nicht vollständig geleistet sind, dürfen gemäß § 10 Abs. 2 AktG jedoch nur Namensaktien ausgegeben werden. In der Vergangenheit war die Namensaktie wenig verbreitet; sie wurde etwa aufgrund der gesetzlichen Möglichkeit zur Vinkulierung gezielt von Familiengesellschaften zur Sicherung eines geschlossenen Aktionärskreises⁵ oder von Versicherungsunternehmen wegen der dort verbreiteten Teilein-zahlung verwendet. Einer flächendeckenden Verwendung stand unter anderem entgegen, dass vor allem vinkulierte Namensaktien nur in Sonderverwahrung genommen werden konnten.⁶

Die Ausgabe von Inhaberaktien ist auch heute noch die häufigere Ausgabeform. Allerdings lässt sich ein Trend zur Namensaktie beobachten, der auf die Einbeziehung blanko-indossierter Namensaktien in die **Girosammelverwahrung** zurückgeht. Mitte der 1990er Jahre hatte die Finanzwirtschaft die technischen Voraussetzungen für den elektronischen Handel und Datenaustausch zwischen den Buchungen im Sammelbestand und den Einträ-

¹ MüKo-AktG/Heider, § 10 Rn. 4 f.; Spindler/Stilz/Vatter, § 10 Rn. 27.

² RGZ 86, 154 f. m. w. N.; LG Berlin AG 1994, 378, 379; Mülberr, in: FS Nobbe, 2009, S. 691, 699.

³ RGZ 94, 61, 64; GroßKomm-AktG/Brändel, § 10 Rn. 23; KölnKomm-AktG/Dauner-Lieb, § 10 Rn. 10; MüKo-AktG/Heider, § 10 Rn. 11; Spindler/Stilz/Vatter, § 10 Rn. 29.

⁴ Hüffer/Koch, § 10 Rn. 3.

⁵ Spindler/Stilz/Vatter, § 10 Rn. 11.

⁶ Than/Hannöver, in: v. Rosen/Seifert, Die Namensaktie, 2000, S. 279, 283.

gen in dem von einem Dienstleister geführten elektronischen Aktienregister ermöglicht.⁷ Der Gesetzgeber hat mit dem KonTraG den Ausschluss des Einzelverbriefungsanspruchs durch die Satzung gemäß § 10 Abs. 5 AktG zugelassen und den Vormarsch der Namensaktie durch weitere Gesetzesänderungen zum Aktienregister, der Stimmrechtsausübung und dem Einsatz moderner Kommunikationsmittel flankiert.⁸ Die letzte Maßnahme zur Förderung der Namensaktie findet sich in der **Aktienrechtsnovelle 2016**. Zum Zwecke der Erhöhung der Beteiligungstransparenz geht § 10 Abs. 1 Satz 1 AktG nunmehr von der Namensaktie als dem gesetzlichen Regelfall aus. Nach § 10 Abs. 1 Satz 2 AktG können Aktien nur noch auf den Inhaber lauten, wenn die Gesellschaft börsennotiert ist oder wenn der Anspruch auf Einzelverbriefung ausgeschlossen ist und die Sammelurkunde bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einem sonstigen zugelassenen Zentralverwahrer hinterlegt wird.⁹

Ein Vorteil an Namensaktien vor allem im Bereich der Publikumsgesellschaften ist die Transparenz der Aktionärsstruktur auf der Grundlage des Aktienregisters. Dadurch kann die AG ihre Aktionäre direkt ansprechen („Investor Relations“) und zudem Erkenntnisse über Mehrheitsverhältnisse, konzernrechtliche Abhängigkeiten oder bevorstehende Übernahmeversuche gewinnen. Ebenfalls erleichtert wird der Einsatz von Namensaktien als international anerkannte Akquisitionswährung. Publikumsgesellschaften steht die Möglichkeit offen, sich an in- und ausländischen Börsen gleichzeitig notieren zu lassen.¹⁰

2.3 Aktienregister und Beteiligungstransparenz

Namensaktien werden gemäß § 67 Abs. 1 AktG in einem **Aktienregister** erfasst. Nach den Änderungen durch die Aktienrechtsnovelle 2016 ist es unerheblich, ob die Aktien verbrieft sind oder nicht (§ 67 Abs. 1 Satz 1 AktG). Bei einer Übertragung haben nach § 67 Abs. 3 AktG eine Mitteilung, ein Nachweis und schließlich die Umschreibung der Aktien zu erfolgen.

Nach § 67 Abs. 1 Satz 2 AktG müssen Aktionäre der Gesellschaft die in Satz 1 bestimmten Angaben mitteilen, die dann in das Aktienregister eingetragen werden. Ziel ist ein möglichst vollständiges Aktienregister, das zu einer möglichst hohen **Beteiligungstransparenz** führt. Intermediäre, vor allem Kreditinstitute, die in aller Regel die depotgestützte Abwicklung von Aktientransaktionen vornehmen und aus diesem Grund anstelle des eigentlichen Aktionärs im Aktienregister stehen, haben zudem gemäß § 67 Abs. 4 Satz 2 und 3 AktG weitere Angaben zu machen. Auf Verlangen der Gesellschaft haben Kreditinstitute der Gesellschaft mitzuteilen, ob sie Eigen- oder Fremdbesitzer der Aktien sind,

⁷ *Than/Hannöver*, in: v. Rosen/Seifert, Die Namensaktie, 2000, S. 279, 282 ff.; Spindler/Stilz/Vatter, § 10 Rn. 11.

⁸ *Kölling*, NZG 2000, 631 ff.; Spindler/Stilz/Vatter, § 10 Rn. 11.

⁹ Näher zu den gesetzgeberischen Motiven Begr. RegE BT-Drs. 18/4349, S. 15 ff.

¹⁰ *Noack*, in: FS Bezenberger, 2003, S. 291, 292 ff.

für die sie im Register eingetragen sind; sind sie Fremdbesitzer, müssen sie wiederum auf Verlangen der Gesellschaft die Angaben gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 AktG zu der Person übermitteln, für die sie die Aktien halten.¹¹ Bei längeren Verwahrketten führt dieses Verfahren im Idealfall zum sog. *ultimate shareholder* und garantiert, dass die Gesellschaft tatsächlich ihre wahren Aktionäre kennt („*know your shareholder*“). Für Investmentfonds gelten hingegen die Sonderregeln des § 67 Abs. 1 Satz 4 AktG.

Bei Verstößen gegen die Mitteilungs- oder Auskunftspflichten nach Abs. 1 und Abs. 4 hält § 67 Abs. 2 Satz 2, Satz 3 AktG mit einem vorübergehenden Verlust des Stimmrechts eine schwerwiegende Sanktion bereit.

Literatur

Kölling, Namensaktien im Wandel der Zeit – „NaStraG“, NZG 2000, 631

Mülbert, Die Aktie zwischen mitgliedschafts- und wertpapierrechtlichen Vorstellungen, FS Nobbe, 2009, S. 691

Noack, Die Umstellung von Inhaber- auf Namensaktien, FS Bezenberger, 2000, S. 291

Raiser/Veil, Recht der Kapitalgesellschaften, 6. Auflage, 2015

Rosen/Seifert, Die Namensaktie, 2000, 279.

¹¹ Spindler/Stilz/*Cahn*, § 67 Rn. 85.

Die Aktiengesellschaft
Gründung, Organisation, Finanzverfassung
Stein, P.
2016, XII, 226 S., Softcover
ISBN: 978-3-658-09378-5